Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, innerhalb „Volk und Zeit“ monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Trägerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25281 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M. Für auswärtige Anzeigen 45 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 249 | Dresden, Sonnabend, den 24. Oktober 1931 | 42. Jahrgang

Hugenberg soll aussteigen

Deutschnationaler Gewerkschaftsführer gegen Hitlers reaktionäre Absichten

Gegen den Zollwucher

Arbeitervertreter beim Reichswirtschaftsminister

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände hatten am Freitag eine Unterredung mit dem neuen Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold. Im Verlauf der Unterredung brachten die Gewerkschaften die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Politik des Reichsernährungsministers im Reichswirtschaftsministerium eine Unterstützung erfahren könne, die nicht im Interesse der Allgemeinwirtschaft liegt. Die städtischen Massen hatten die Landwirtschaft in den letzten Jahren im stärkstem Ausmaß dadurch unterstützt, daß sie sich mit überhohen Zöllen usw. abfinden mußten. Heute seien diese Massen in eine fürchterliche Notlage geraten. Es sei selbstverständlich, daß alle Mittel aufgeboten werden müßten, um die Existenz dieser Massen sicherzustellen. Weiter fragten die Gewerkschaften, ob den Beratungen des Wirtschaftsausschusses bei der Reichsregierung bereits das angekündigte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zugrunde liegen würde, und bemängelten die Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates, die dem Kräfteverhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht entspreche.

Was soll der Wirtschaftsbeirat?

Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände veröffentlichen folgende Erklärung:

„In der Kölnischen Zeitung und auch in anderen Blättern finden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats ernstlich gefährden müßten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgehe, daß Zweck und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbeirats auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleiben.“

Die letzte Stütze

Was Habermann den Nazis sagt:

In der Deutschen Handelswacht bespricht Max Habermann, Verwaltungsratsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, das Bündnis, das Hitler in Harzburg mit Hugenberg geschlossen hat. Dieser Artikel ist um so bemerkenswerter, als Habermann mit Recht darauf hinweist, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bisher der nationalsozialistischen Bewegung außerordentlich wohlwollend gegenübergestanden hat. Trotzdem schreibt er:

„Die nationale Opposition, wie sie in Harzburg aufgetreten ist, bereitet uns eine schwere Sorge, weil sie die Gefahr deutlich macht, daß der nationale Sozialismus seinen Weg im Bündnis mit der finstersten, von der Schwerindustrie finanzierten sozialpolitischen Reaktion gehen will.“

Den Versicherungen der Nazis, daß sie nach wie vor für die Gewerkschaften und für das Tarifrecht eintreten, mißt Habermann keinen Glauben bei. Denn:

„Bestehen bleibt freilich, daß im Hamburger Wahlkampf von der nationalsozialistischen Gauleitung ein übles Flugblatt gegen die Sozialversicherung veröffentlicht worden ist, in dem einfach behauptet wird, daß die Beiträge der Arbeiter für Verwaltungskosten, für Luxusbauten, für fleckige Bonzengehälter, für Scheinkranke und Drückeberger verbraucht werden. Solche übertreibenden Verallgemeinerungen kann nur ein grundsätzlicher Gegner der Sozialversicherung aussprechen. Und wenn man sich mit Hugenberg verbündet, der durch seinen Funktionär als Ergebnis der Harzburger Tagung im Reichstage sagen läßt, ‚die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsbewirtschaftung der Arbeit haben mit dem Schlichtungswesen, den Schiedssprüchen und der Unabdingbarkeit der Tarifverträge‘, dann ist der Schluß naheliegend, daß der Nationalsozialismus für diese Reaktion Handlangerdienste leisten soll.“

Zusammenfassend sagt Habermann:

„Wer in Harzburg das Aufgebot an Industriesyndizi gesehen hat, muß annehmen, daß sich die Schwerindustrie mit ihren sehr handgreiflichen materiellen Interessen bei Hitler besser aufgehoben hofft als bei der Regierung der Gewerkschafter Brüning und Stegerwald.“

Das ist wieder einmal eine treffende Kennzeichnung der reaktionären Absichten der Nazis, eine Kennzeichnung, die den Nazis sozusagen aus dem eigenen „nationalen Lager“ geliefert wird. Aber ebenso interessant ist es, daß dieser rechtsstehende Gewerkschafter den Wunsch ausspricht, Hitler möge sich nicht gar zu eng mit Hugenberg einlassen. Habermanns Artikel schließt:

„Für alles, was in den nächsten zehn Jahren in Deutschland not tut, brauchen wir Herrn Hugenberg nicht einen Tag, weil hinter ihm die Kräfte von gestern und vorgestern stehen, die nur noch in einem Schattenreich gelten. Aber ohne die Kräfte von morgen und übermorgen kann nichts gedeihen, was Bestand haben soll. Darum muß das deutsche Volk einen Weg finden, seinen revolutionären Nationalismus mit den christlichsozialen Mächten zu einem geschlossenen Einsatz zusammenzuführen.“

Also selbst deutschnationalen Handlungsgehilfen ist es lieber, die Hakenkreuzler gehen mit Brüning zusammen als mit Hugenberg. Das hat man auch drüben im Zentrumslager kapiert, und auch da drüben reifen allmählich ähnliche Wünsche. So hat das Blatt des Zentrumsministers Stegerwald, Der Deutsche, die Aeußerungen Habermanns aufgegriffen und nachgedruckt, und man erinnert sich wiederum daran, daß Hitler jüngst in seinem offenen Brief an Brüning dem vorher reichlich geschmähten Reichskanzler allerhand Verbeugungen machte, und daß Brüning in seiner zweiten Reichstagsrede dafür recht korrekt von Hitler sprach.

Daß zwischen dem Hitler- und dem Hugenberg-Lager einige Spannungen bestehen, hat man schon an der Harzburger Tagung gespürt. Das Zentrum sucht diese Spannungen für Brünings Politik auszunutzen. Ob daraus eine Annäherung zwischen Zentrum und Nazis wird, muß man abwarten. Ausgeschlossen ist es nicht. Uns erscheint vorläufig an dem Artikel eines deutschnationalen Gewerkschafters wichtig, daß diesen deutschnationalen Angestellten ein Hugenberg zu reaktionär ist, während Hitler und die Seinen bis heute mit ihm paktiert haben. Warum auch nicht? Wirtschaftspolitische Grundsätze sind den Hitlerianern nicht im Wege. Heute mit den

Auch Trevi lernt um

Er will eine „saubere, ehrliche Erfüllungspolitik“

Herr Treviranus, der im Kabinett Brüning Nummer 1 ein Minister ohne Portefeuille war und heute im Kabinett Brüning Nummer 2 das Reichsverkehrsministerium verwaltet, hat vor der Deutschen Weltwirtschaftsgesellschaft in Berlin am Freitag abend eine Rede gehalten, die allerhand Aufsehen erregt. Das Neue an ihr ist, daß sich Treviranus für die Außenpolitik der Regierung Brüning einsetzt. Er erklärt diese Politik der Verständigung für die einzig mögliche und sagte nach dem Bericht der Telunion:

„Der Reichskanzler habe sich das Vertrauen der Welt erworben. Ein anderes deutsches Aktivum sei die Kaufkraft von 60 Millionen Menschen. Auf der Passivseite ständen der Mangel an Einheit des politischen Willens und eine wirtschaftliche Auslandsschuld von 26 Milliarden Mark. Es bestehe keine Hoffnung, daß Deutschland nach Ablauf des Stillhalteabkommens im Februar die fälligen Beträge zahlen könne. Deutschland müsse daher der Welt einen ehrlichen, sauberen Tilgungsplan vorlegen mit einer Jahresleistung von nicht viel über einer Milliarde Mark, unter der Voraussetzung, daß man uns gestatte, diesen Betrag durch Ausfuhrüberschüsse abzudecken. Der Kampf gehe darum, ob die Gläubiger reich genug seien, einem solchen Ausweg zuzustimmen.

Treviranus machte im Verlauf seiner Ausführungen die interessante Mitteilung, daß die Verhandlungen mit dem Präsidenten Hoover mit großem Nachdruck bereits seit Dezember vorigen Jahres geführt worden seien, ohne daß selbst die engsten Mitarbeiter Hoovers davon erfahren hätten.“

Was Treviranus hier sagt, ist durchaus vernünftig, und man kann deshalb bestimmt darauf rechnen, daß er von rechts scharf angegriffen wird. Wenn die Not eines Volkes steigt, vergessen manche Leute, was sie vor gar nicht so langer Zeit recht gut kapiert hatten. Hier lernt mal einer, der von der nationalen Opposition herkommt, etwas dazu. Das ist ein seltener Fall, und das finden heute Blätter wie der Dresdner Anzeiger unbegreiflich. Diese politischen Dilettanten bilden sich ein, Deutschland könne bei kommenden Verhandlungen über Herabsetzungen der „Tributzahlungen“ von einem „Nichts“ ausgehen, während schon die bisherigen Unterhaltungen mit Frankreich bewiesen haben, daß man sich auf der anderen Seite darauf nicht einläßt. Es hat auch gar keinen Zweck, auf irgendwelche Gegensätze innerhalb der Entente zu spekulieren. Das ist Zeitvergeudung. Amerikas bisherige Haltung hat bewiesen, daß es sich zwar sehr stark für Zahlungsmilderungen und Kredite zugunsten Deutschlands einsetzt, aber nicht für eine völlige Aufhebung der Reparationen. In irgendwelchen zurückgebliebenen Winkeln Deutschlands können ja Redaktionsstrategen von dem Nichts ausgehen — und das tun sie reichlich —, am Verhandlungstische aber sieht sich das Ganze anders an.

Es heißt, dem deutschen Volke Illusionen vorzaubern und neue Enttäuschungen vorzubereiten, wenn man tut, als brauche Deutschland nur die Taschen zuzuknöpfen und als wichen seine Gegner vor diesem Anblick betroffen zurück. Denen, die nicht alle werden, müßte es im Gegenteil ein Grund zu tieferem Nachdenken sein, wenn ein ehemals nationaler Heißsporn wie Treviranus daherkommt und erklärt: „Ohne Erfüllungspolitik und ganz ohne Reparationen geht's nicht. Bereitet euch darauf vor und macht keine überflüssige politische Makulatur.“ Die einen werden im Laufe der Zeit eben gescheiter — die anderen das Gegenteil.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311024/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG